

## **VIETNAM: Rede zum 60-Jahrestag der Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte in Hannover, am 10.12.2008.**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,  
Zum 60-Jahrestag der Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte möchte ich im Namen des Vietnam-Zentrums über die Menschenrechtssituation in Vietnam kurz zusammenfassen:

*Zu Hintergrundinformationen:* Nach der Machtübernahme nordvietnamesischer Kommunisten befand sich Vietnam seit 30. April 1975 unter dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV).

Laut Amnesty International-Report 2008 unterlagen die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit weiterhin strengen Kontrollen. Politisch engagierte Bürger und Dissidenten wurden festgenommen und inhaftiert. Einige von ihnen wurden in unfairen Gerichtsverfahren auf der Grundlage der Gesetze über die nationale Sicherheit zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Mindestens 83 Menschen, darunter 14 Frauen, wurden zum Tode verurteilt. Die Statistiken über Hinrichtungen galten weiterhin als "Staatsgeheimnis", obwohl die Diskussion über die Effektivität der Todesstrafe anhielt.

Viele Bürger in Vietnam erhofften sich noch im Jahr 2006 eine liberalere Haltung des Staates im innenpolitischen Bereich, nicht zuletzt weil die Regierung mehrere Prestigeprojekte zu einer besseren Integration Vietnams in die Weltgemeinschaft verfolgte: den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), die Streichung aus der US Liste der Länder mit erheblichen Verletzungen der Religionsfreiheit (CPC), die Durchführung der internationalen APEC-Gipfelkonferenz in Hanoi und die Kandidatur Vietnams auf einen nichtständigen Sitz im UN Sicherheitsrat hatte viele vietnamesische Bürger zusätzlich angespornt, politische Gruppen zu gründen und unabhängige Publikationen herauszugeben. Die Regierung sah in dieser aufkeimenden Zivilgesellschaft eine Gefährdung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei Vietnams und ließ mindestens 55 Dissidenten verhaften. 2007 verurteilten vietnamesische Gerichte 29 Personen zu hohen Haftstrafen, ohne dabei einen Unterschied zwischen der friedlichen Inanspruchnahme der elementaren Grundrechte und dem Ansinnen auf gewalttätigen Sturz der Regierung zu machen. Die politischen Prozesse fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und entsprachen nicht dem Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR), dem Vietnam 1982 beigetreten ist. Zusätzlich zu diesen neuen Gefangenen verbleiben weiterhin rund 200 christliche Montagnards und Buddhisten in politisch motivierter Haft.

Also, unter der jetzigen Vietnam-Regierung gibt es:

1. Verhaftung von Andersdenkenden,

2. Unfaire politische Prozesse,
3. Verfolgung evangelischer Christen aus den ethnischen Minderheiten...

Von dieser Tatsache **ruft das Vietnam-Zentrum die vietnamesische Regierung auf:**

- \* Gefangene, die aus politischen, religiösen und ethnischen Gründen inhaftiert sind, bedingungslos und sofort freizulassen;
- \* Dissidenten, die seit über einem Jahr inhaftiert sind, vor ein ordnungsgemäßes Gericht zu stellen oder sie freizulassen;
- \* Subtile Verfolgungsmethoden gegen Dissidenten und ihre Familien einzustellen;
- \* Faire Gerichtsverhandlungen in den politischen Prozessen zu gewährleisten;
- \* Familienangehörigen den Prozesstermin mindestens zehn Tage vorher mitzuteilen und ihre Teilnahme zu ermöglichen;
- \* Die Haftbedingungen entsprechend des UNO-Standards („Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners“) zu verbessern;
- \* Konflikte mit ethnischen, religiösen und sozialen Gruppierungen von der Frage der nationalen Sicherheit zu trennen;
- \* Das Strafgesetzbuch, insbesondere dessen Kapitel „Straftaten, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen“, im Lichte der Verpflichtung gegenüber internationalen Menschenrechtsabkommen zu überprüfen und es entsprechend zu ändern;
- \* Die Sonderberichtsersteller des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen zu Fragen der willkürlichen Haft, der Religionsfreiheit, der Meinungsfreiheit und der Folter zu einem Besuch einzuladen.

Das Vietnam-Zentrum-Hannover e.V. begrüßt **die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 2008** zu Demokratie, Menschenrechten und dem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Vietnam, mit der Forderung, dass

- der Menschenrechtsdialog zwischen der Europäischen Union und Vietnam zu greifbaren Verbesserungen in Vietnam führen muss,
- unverzüglich alle Personen freizulassen, die aufgrund des friedlichen Ausdrucks ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen festgehalten werden oder inhaftiert sind,
- und die von der vietnamesischen Regierung betriebene Zensur sowie die Kontrolle der heimischen Medien, einschließlich des Internets und der elektronischen Kommunikation, zu beenden und die Herausgabe unabhängiger, privater Zeitungen und Zeitschriften zu genehmigen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit !

Vietnam-Zentrum-Hannover e.V.  
Zur Bettfedernfabrik 3  
30451 Hannover  
Email: [trungtamvietnam@googlemail.com](mailto:trungtamvietnam@googlemail.com)